



Liebe Genossinnen und Genossen,  
 liebe Freunde,

die letzte Sitzungswoche war – wie ihr euch denken könnt – vom Thema Griechenland bestimmt. Dabei erhielten wir Abgeordnete stündlich neue Meldungen. Dazu aber später mehr.

Ich habe mich sehr gefreut, die Fotoausstellung „Heimat 132“ des Dortmunder Künstlers Peyman Azhari nach Berlin holen zu können. Gemeinsam mit Ulli Sierau habe ich die Ausstellung in der Landesvertretung NRW eröffnet. Für Abwechslung sorgte auch der Besuch von TU-Student Björn Wunderwaldt, der mir einen Tag lang bei meiner Arbeit über die Schulter blickte. Ich hatte ihn für das parlamentarische Planspiel „Jugend und Parlament“ nominiert, bei dem junge Menschen aus ganz Deutschland vier Tage lang das Gesetzgebungsverfahren im Bundestag nachstellten.

### **Gesetz bringt Verbesserung bei Hospiz- und Palliativarbeit**

Schwerstkranke und Sterbende gut zu begleiten und ihre Würde dabei zu achten, ist sehr wichtig. Jeder schwerstkranke Mensch sollte genau die Unterstützung bekommen, die er in der letzten Lebensphase wünscht und benötigt. Unabhängig von der Debatte zur Sterbehilfe haben wir daher am 17. Juni einen neuen Gesetzentwurf in erster Lesung diskutiert. Wir wollen dafür sorgen, dass es ein flächendeckendes Hospiz- und Palliativangebot in Deutschland gibt, denn insbesondere im ländlichen Raum fehlt es noch an ausreichenden Angeboten. Geplant ist, sowohl die Hospizarbeit finanziell besser zu fördern, als auch die ambulante Palliativversorgung zu stärken. In den Einrichtungen der Altenpflege soll die Versorgung von schwerstkranken und sterbenden Menschen ausgebaut werden.

### **Abstimmung über Vorratsdatenspeicherung**

Um ehrlich zu sein, bin ich etwas ratlos, wie das Abstimmungsergebnis des Parteikonvents vom 20. Juni zur Vorratsdatenspeicherung zu Stande gekommen ist. Über 100 Anträge aus unterschiedlichen Gliederungen und 11 von 16 Landesverbänden, die sich klar gegen die Vorratsdatenspeicherung positionieren, sollten eigentlich eine deutliche Sprache sprechen. Die SPD

#### **Kontakt**

##### Berliner Büro

Tel.: 030 227-78494

Fax: 030 227-76496

sabine.poschmann@bundestag.de

##### Wahlkreis Büro

Tel.: 0231 286 786 18

Fax: 0231 286 786 16

sabine.poschmann.ma04@bundestag.de

[www.sabine-poschmann.de](http://www.sabine-poschmann.de)

<https://www.facebook.com/sabine.poschmann.1>

#### **Links**

<http://www.spdfraktion.de/>

<http://www.bundestag.de/>

<http://www.spd.de/>

Dortmund hat sich ebenfalls gegen das Gesetz positioniert. Auch mich persönlich konnte keines der bisher von den Befürwortern vorgetragenen Argumente überzeugen. Aus diesem Grund habe ich bereits im Rahmen der Fraktionssitzung, die die Vorratsdatenspeicherung thematisierte, als eine von 38 Abgeordneten gegen den Entwurf gestimmt. In der heutigen digitalen Zeit sind Freiheitsrechte wichtiger denn je. Wir dürfen nicht Millionen von Bürgerinnen und Bürgern unter Generalverdacht stellen, obwohl wir nicht einmal wissen, ob die Vorratsdatenspeicherung etwas zur Verbrechensbekämpfung beiträgt. Darum bleibe ich vorerst bei meinem Nein zu diesem Gesetzentwurf.

---

### **Stärkere Unterstützung für Eltern**

Deutschland hat eine der niedrigsten Geburtenraten weltweit. Damit sich daran etwas ändert, müssen wir vor allem unsere Familienpolitik verbessern. So haben wir uns nun erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Leistungen von Eltern gleich auf mehreren Ebenen erhöht werden: Neben der verfassungsrechtlich notwendigen Anhebung der steuerlichen Kinderfreibeträge steigen auch Kindergeld sowie Kinderzuschlag. Damit kommt die Förderung auch bei den Familien an, die nicht vom steuerlichen Kinderfreibetrag profitieren. Dieser wird ab dem Jahr 2015 um 144 Euro auf 7.152 Euro, ab 2016 um weitere 96 Euro angehoben. Das jährliche Kindergeld wird ab dem Jahr 2015 um 48 Euro und ab 2016 um weitere 24 Euro erhöht. Wir hätten hier gerne deutlich mehr gesehen, doch leider war das mit der Union nicht möglich. Einen großen Erfolg konnten wir jedoch für Alleinerziehende verbuchen: Der steuerliche Entlastungsbetrag für Alleinerziehende soll auf unsere Initiative hin nach zehn Jahren endlich um 600 auf 1908 Euro erhöht werden. Der Kinderzuschlag wird ab 1.7.2016 um 20 Euro auf 160 Euro monatlich angehoben. Gute Familienpolitik muss Eltern finanziell besser ausstatten. Die bereits beschlossenen Maßnahmen zur Verbesserung des Kita-Angebots sowie zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf werden nun endlich um ein Geldleistungspaket für Familien unterstützt.

---

### **Wohngeld wird erhöht**

Bezahlbare Mieten gehören zum Kern sozialdemokratischer Wohnungspolitik. Dank eines gestern verabschiedeten Gesetzes erhalten Mieter mit geringem Einkommen künftig ein höheres Wohngeld. Denn besonders einkommensschwache Haushalte finden immer schwieriger eine bezahlbare Wohnung. Deshalb ist es an der Zeit, dass das Wohngeld an die Entwicklung der Warmmieten und Einkommen angepasst wird. Die Wohngelderhöhung wird auch dazu führen, dass viele Geringverdiener nicht mehr mit Arbeitslosengeld II aufstocken müssen. Denn die Miete ist häufig der entscheidende Kostenfaktor, wenn das Einkommen nicht für den Lebensunterhalt reicht. Als positiver Nebeneffekt werden die kommunalen Haushalte dadurch um rund 100 Millionen jährlich entlastet. Bund und Länder teilen sich die Kosten für das Wohngeld. Ab dem 1. Januar 2016 werden rund 870.000 Haushalte von der Reform profitieren. Die Höhe des Zuschusses

hängt nach wie vor vom Einzelfall ab. So wird beispielsweise der Mietzuschuss für einen Zwei-Personen-Haushalt von durchschnittlich 112 auf 186 Euro steigen.

---

### **Bürokratische Hürden für den Mittelstand werden abgebaut**

Hoher und unnötiger bürokratischer Aufwand belastet den Mittelstand, vor allem kleine Betriebe. In dieser Woche haben wir daher ein neues Gesetz verabschiedet, das spürbare Entlastungen für den Mittelstand und die Freien Berufe vorsieht. Die mittelständische Wirtschaft soll so um insgesamt 744 Millionen Euro pro Jahr entlastet werden. Erreicht wird das durch vereinfachte Melde- und Informationspflichten sowie eine Bürokratiebremse. Diese soll Belastungen, die durch neue Gesetze oder Verordnungen entstehen, an anderer Stelle in gleichem Maße abbauen. Nach dem Stillstand in der vergangenen Legislaturperiode ist dieser Gesetzentwurf im Kampf gegen unnötige Bürokratie ein wichtiger Schritt. Dennoch sehen wir weiteren Handlungsbedarf. So wollen wir eine Erhöhung des Schwellenwertes geringwertiger Wirtschaftsgüter von 450 Euro auf 1000 Euro, so dass Waren unter 1000 Euro direkt abgeschrieben werden können. Auch bei der Abführung der Sozialversicherungsbeiträge wollen wir eine bessere Lösung. Gemeinsam mit meiner Kollegin Andrea Wicklein habe ich deswegen mit Helge Braun, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeskanzleramt, über diese und weitere Entlastungsmöglichkeiten gesprochen. Leider lassen sich allerdings unsere Forderungen mit der Unionsfraktion zurzeit nicht umsetzen. Daher setzen wir uns nun dafür ein, dass wir diese in einem anderen Gesetzgebungsverfahren im Herbst durchsetzen können.

---

### **Gründlichkeit vor Schnelligkeit beim Thema Fracking**

Die Abstimmung über ein mögliches Fracking-Gesetz wurde auf die Zeit nach der Sommerpause verschoben. Das ist gut, denn es sind noch einige Punkte zu verhandeln. Wichtig ist für uns eine intensive und sorgfältige Debatte – im Sinne des Grundsatzes „Gründlichkeit vor Schnelligkeit“. Unser zentrales Anliegen bei den weiteren Verhandlungen mit der Union ist, dass der Bundestag im Umgang mit unkonventionellem Fracking das letzte Wort hat. Eine mögliche Expertenkommission darf ausschließlich eine beratende Funktion haben. Zudem muss die Anzahl der Erprobungsmaßnahmen auf das wissenschaftlich notwendige Maß beschränkt werden. Dies ist bisher nicht vorgesehen. Doch es gibt auch einige Verhandlungserfolge. So zeichnet sich bspw. bei der Streichung der 3.000-Meter-Grenze und bei der Verschärfung der Regelungen für Lagerstättenwasser ein Konsens ab.

Doch wie ihr wisst, stehe ich persönlich dem Gesetz grundsätzlich sehr kritisch gegenüber. Das habe ich auch erneut in der Fraktionssitzung gemeinsam mit vielen Kollegen aus dem gesamten Bundesgebiet deutlich gemacht. Wir werden nun abwarten müssen, wie sich die Verhandlungen mit der Union entwickeln.

---

## **Meisterbrief und bewährte Standards für Freie Berufe erhalten**

Im Rahmen der sogenannten Transparenzinitiative überprüft die Europäische Kommission nationale Regeln des Berufszugangs und der Berufsausübung. Man prüft dabei unter anderem Regelungen, die EU-Ausländer diskriminieren, weil sie z.B. schwieriger auf einem nationalen Markt Fuß fassen können. So steht unter anderem auch der deutsche Meisterbrief auf dem Prüfstand. Mit einem Antrag haben wir nun betont, dass sich die Prinzipien des Handwerks und der Freien Berufe in Deutschland bewährt haben. Sie tragen zu hohen Qualitätsstandards, einem hohen Ausbildungsniveau und zum Verbraucherschutz bei. Dazu gehört für uns auch das bestehende System der Selbstverwaltung und der Kammern. Wir fordern die Bundesregierung daher auf, diese Besonderheiten und Errungenschaften gegenüber der EU-Kommission in der Evaluierung besonders hervorzuheben. Gemeinsam mit meiner Kollegin von der CDU habe ich diesen Antrag erarbeitet und er wurde gestern im Plenum angenommen. Leider ist meine Rede dazu nicht zum Tragen gekommen, weil der Tagesordnungspunkt, aufgrund der angesetzten Zeit von 22 Uhr, zu Protokoll gegangen ist. Ihr findet sie aber auf meiner Homepage unter Bundestag > Reden im Bundestag zum Nachlesen.

---

## **Beratungen zur Sterbehilfe**

In erster Lesung wurden in dieser Woche die verschiedenen – teils fraktionsübergreifenden – Gesetzentwürfe zur Sterbehilfe beraten. Ich hatte mich im Vorfeld dazu entschieden, den von Carola Reimann, Karl Lauterbach und Burkhard Lischka erarbeiteten Vorschlag zu unterstützen. Dieser stellt das vertrauensvolle Arzt-Patienten-Verhältnis in den Mittelpunkt. Sowohl der Suizid als auch die Beihilfe zum Suizid sollen straflos bleiben. Anstelle des Strafrechts wollen wir das Leiden der Patienten und ihrer Angehörigen in den Fokus rücken. Daher soll todkranken Menschen ausdrücklich gestattet werden, ihren behandelnden Arzt des Vertrauens um Hilfe bei der selbstvollzogenen Lebensbeendigung zu bitten – allerdings nur, wenn der Patient an einer unheilbaren und unmittelbar zum Tod führenden Krankheit leidet. Sterbehilfevereine lehnen wir dagegen ab.

Unser Ziel ist es, im weiteren parlamentarischen Verfahren ein ausgewogenes Gesetz zu verabschieden, und die aktuelle Rechtsunsicherheit im Bereich der Sterbehilfe zu beenden.

---

## **Kommt der GREXIT?**

Kaum etwas wird momentan so heiß diskutiert, wie die Zukunft Griechenlands. Die Entwicklungen der letzten Wochen und Monate sind von einem ständigen Auf und Ab geprägt. Krisengipfel jagt Krisengipfel. Mit den jüngsten Entscheidungen hat der griechische Präsident Tsipras den EU-Verhandlungsführern vor den Kopf gestoßen. Das für Sonntag anberaumte Referendum kann zwar in der Theorie dabei helfen, die Akzeptanz für die notwendigen Reformen in der Bevölkerung zu steigern. Doch die griechische Regierung wirbt massiv für die Ablehnung des EU-Angebots.

Wir hatten am Montag eine Sondersitzung von der Fraktion und am Mittwoch eine zweistündige Debatte im Plenum. Da sich allerdings ständig die Gesprächsgrundlage ändert, ist es schwierig, konkrete Zukunftsüberlegungen anzustellen. Im Falle eines „Ja“ der Griechen, will Tsipras zurücktreten. Das bedeutet zwar neue EU-Hilfen für Griechenland, aber auch, dass der Verhandlungspartner fehlt. Daher gilt es abzuwarten, wie sich die Lage nach dem Referendum entwickelt. Ich setze weiterhin darauf, dass eine Einigung möglich ist. Griechenland braucht weitere finanzielle Hilfen, aber auch Reformen, die dem Land eine langfristige Perspektive bieten.

---

Nach den drei vollen Wochen in Berlin freue ich mich nun auf den Sommer im Wahlkreis – und meist geht es dann ja doch nicht so ruhig zu im politischen Berlin, wie man es anfangs annimmt. So werden z.B. die Entwicklungen in Griechenland oder die andauernde Flüchtlingsproblematik in Europa uns weiter beschäftigen.

Zudem stehen für die Sommermonate in Dortmund viele Gesprächstermine sowie Besuche von Sommerfesten und Kinderferienspielen in meinem Kalender. Mindestens zweimal bin ich auch wieder in Berlin, denn da bekomme ich Besuch aus Dortmund – zwei Gruppen, deren Fahrten von der Bundespressagentur organisiert werden, haben sich angekündigt. Um sie willkommen zu heißen und für einen politischen Austausch zu sorgen, sause ich an diesen Tagen wieder nach Berlin.

Ganz ohne Urlaub geht es dann aber natürlich auch nicht. Ich freue mich sehr auf die Zeit mit meiner Familie. Dort wird es Zeit zum Abschalten fernab von all dem Politiktrubel geben.

Nach der Sommerpause im September hört ihr mit einer neuen Info-Post wieder von mir.

Ich wünsche euch allen einen tollen Sommer!

Bis bald, eure

*Sabine*